

Medienmitteilung: Politische Vorstösse zu Kinder- und Jugendgesundheit

19. September 2019

Handlungsbedarf bei Kinder- und Jugendgesundheit: Die Politik reagiert

Fachleute fordern in einem Manifest Massnahmen für eine bessere Kinder- und Jugendgesundheit. Politikerinnen und Politiker haben nun reagiert: In der aktuellen Herbstsession wurden auf nationaler Ebene mehrere Vorstösse eingereicht.

Ein ungleicher Zugang zu Gesundheitsvorsorge und Bildung in der Kindheit wirkt sich auf die Gesundheit im Erwachsenenleben aus. Um Lücken und Optimierungspotential aufzuzeigen, haben der Fachverband für öffentliche Gesundheit Public Health Schweiz, die Swiss School of Public Health SSPH+ und das Departement Gesundheit der ZHAW Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften am 29. August 2019 ein Manifest zu Kinder- und Jugendgesundheit verabschiedet. Das Manifest wird von vielen Organisationen unterstützt.

Die Schweiz investiert wenig in Frühförderung

Politikerinnen und Politiker in Bundesbern haben nun reagiert: «Es besteht Handlungsbedarf», stellt Nationalrat Christian Lohr fest. Ständerat Hans Stöckli setzt sich seit langem für Gesundheitsförderung ein. «Mit entsprechender Prävention können Krankheiten und die dadurch verursachten Kosten reduziert werden», ist er überzeugt. Die Frühförderung spiele dabei eine zentrale Rolle und müsse gestärkt werden. Er hat sich mit einer entsprechenden [Interpellation](#) an den Bundesrat gewandt. Tatsächlich sind gemäss Manifest die ersten Lebensjahre entscheidend, tragfähige Bindungen begünstigen den Aufbau wichtiger Lebenskompetenzen. «Daher engagiere ich mich für eine Elternzeit», sagt Nationalrat Adrian Wüthrich. Er hat dazu eine Interpellation vorbereitet, denn: «Dies hat erwiesenermassen positive Auswirkungen auf die Gesundheit.» In dieselbe Richtung zielt die Interpellation von Nationalrätin Flavia Wasserfallen. «Zwar existieren vielfältige Beratungsangebote im Bereich frühe Kindheit», sagt sie, «aber nicht alle Bevölkerungsschichten profitieren gleichermassen davon. Der Bund muss mithelfen, sozial benachteiligte Familien mit Kindern besser erreichen zu können.»

Psychische Auffälligkeiten beginnen in der Kindheit

Die Politik ist auch im Hinblick auf die psychische Gesundheit hellhörig geworden. Das Manifest zeigt, dass zahlreiche psychische Störungen ihren Anfang im Kindes- und Jugendalter nehmen. Durch geeignete Vorsorgemassnahmen könnten viele Probleme vermieden werden, aber: «Gerade bei Kindern mangelt es an Daten», stellt Nationalrätin Yvonne Feri fest und [fragt den Bundesrat](#) nach Angaben zur psychischen Gesundheit von Kindern. Nationalrat Benjamin Roduit hat eine [Motion](#) zur Schaffung einer Schweizer Gesundheitskohorte eingereicht und Valérie Piller Carrard möchte mittels Interpellation eine bessere Datenlage zu Übergewicht bei Kleinkindern erreichen. Kontravers beurteilt wird der übermässige Medienkonsum. Der Nationalrat und Sozialunternehmer Nik Gugger stellt eine allgemeine Verunsicherung fest. Darauf müsse auch die Politik reagieren - in einer Interpellation fragt er den Bundesrat nach Massnahmen.

Chancengerechtigkeit in der Gesundheitsversorgung nicht gewährleistet

Insgesamt ist der Zugang zur Gesundheitsversorgung nicht immer gegeben. Ein Beispiel sind traumatisierte Flüchtlingskinder: Behandlungsplätze fehlen, und die Übernahme von Übersetzungskosten ist oft nicht geregelt, weshalb Nik Gugger mit einer Interpellation reagiert. Ein anderes Beispiel sind die «schwarzen Listen», die einige Kantone eingeführt haben – die Kassen bezahlen auch für die Kinder der säumigen Prämienzahlenden nur noch in Notfällen medizinische Behandlungen. Nationalrat Angelo Barrile wird einen entsprechenden Vorstoss einreichen: «Schwarze Listen für Kinder und Jugendliche stehen im Widerspruch zur Kinderrechtskonvention. Sie sind unhaltbar und gehören abgeschafft!»

Strategie gefordert

Damit die verschiedenen Massnahmen koordiniert werden, fordert Nationalrat Christian Lohr in einer [Motion](#) eine nationale Strategie für Kinder- und Jugendgesundheit. Angesprochen sind viele Akteure, denn die Bundeskompetenz ist in Gesundheitsfragen beschränkt. «Wir stehen mit den Kantonen in Kontakt», sagt Ursula Zybach, Präsidentin von Public Health Schweiz. Sie selber setzt sich als Grossrätin im Kanton Bern für die Kinder- und Jugendgesundheit ein und bereitet entsprechende Vorstösse vor.

Das [Manifest](#) und der [Hintergrundbericht](#) können heruntergeladen werden.

Kontakt:

Corina Wirth, Geschäftsführerin Public Health Schweiz, corina.wirth@public-health.ch, 031 350 16 01, 076 405 53 06